

Maurer Ueli, Bundesrat: Darf ich, nachdem wir bereits in der zweiten Runde sind, vorab sozusagen ein übergeordnetes Ziel setzen? Wir wären froh, wenn dieses Gesetz nicht an dieser Differenz scheitern würde, weil wir dieses Gesetz brauchen – einerseits für die Verankerung von «J+S Kids» und andererseits für die Dopingbekämpfung. Es veranlassen mich also sozusagen die übergeordneten Interessen dieses Gesetzes dazu, allenfalls auch einem Kompromiss zuzustimmen.

Zur jetzigen Ausgangslage: Der Ständerat ist bisher immer der Haltung des Bundesrates gefolgt, und das spricht dafür, dass wir diese Kompetenz bei den Kantonen lassen.

Zur Verfassungsmässigkeit gibt es zwei Gutachten: das Gutachten Ehrenzeller, das die Haltung der Kommissionsmehrheit stützt, und das im Auftrag des Bundesrates erstellte Gutachten Biaggini, das die Haltung stützt, dass das Parlament hier auch die Stundenzahl festlegen könne. Jetzt kann ich als Nichtjurist mit Sokrates «Ich weiss, dass ich nichts weiss» sagen und kann glauben. Ich glaube jetzt einmal an das Gutachten im Auftrag des Bundesrates, das die Kompetenz dem Parlament zuweisen würde. Also meine ich, dass grundsätzlich eigentlich beides möglich ist. Der Bundesrat ist aber der Meinung, dass hier die Kompetenz den Kantonen gelassen werden soll, weil die Schulverantwortung in der Hoheit der Kantone liegt. Also sollen die Kantone diese Kompetenz behalten, so, wie Sie das bereits einmal beschlossen haben. Damit wären wir wieder bei der Mehrheit Ihrer Kommission.

Zum Antrag der Minderheit: Für uns könnte, wenn alle Stricke reissen, schon der Kompromiss möglich sein, dass die Kantone die Stundenzahl, den Umfang, die Art und Weise des Sportunterrichtes festlegen, dass aber die Mindestzahl von drei Stunden im Gesetz festgelegt wird. Jetzt sind diese drei Stunden in der Verordnung; auf Gesetzesstufe wäre es zwar etwas stärker.

Grundsätzlich bin ich durchaus der Meinung, dass Sie der Mehrheit folgen sollten. Damit halten Sie an Ihrem Beschluss fest, aber wenn dann alle Stricke reissen, könnte der Minderheitsantrag möglicherweise den Weg für einen Kompromiss weisen. Die Haltung im Nationalrat ist ja auch sehr gefestigt; dort ist mit etwa 40 zu 120 Stimmen abgestimmt worden. Im übergeordneten Interesse, das Gesetz zu verabschieden, müssen wir uns dann vielleicht auf den Weg eines Kompromisses machen.

Ich bin mit Ihren Voten einverstanden. Eigentlich ist es eine grundsätzliche Frage, ob wir die Schulkompetenz bei den Kantonen belassen – Sie hatten ja auch die Initiative «Jugend und Musik» zu diskutieren – oder ob wir hier übergeordnet eingreifen. Wir meinen, der Grundsatz spreche für die Festlegung durch die Kantone.

So bitte ich Sie noch einmal, der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen, sich aber vielleicht dann doch auch Gedanken zu machen, ob es nicht einen Kompromiss gibt, wenn alle Stricke reissen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 25 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen

3. Abschnitt Titel; Art. 14a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Section 3 titre; art. 14a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Der Nationalrat hat die Regelung, die er ursprünglich in Artikel 12a formuliert hatte, nun in einem separaten Abschnitt in Artikel 14a verankert.

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Wir waren zu Beginn der Beratungen in der Kommission im Grunde genommen der Meinung, dass dieser Artikel, wonach der Bund

die sportwissenschaftliche Forschung unterstützen kann, unnötig sei, weil das anderweitig geregelt und in einem gewissen Sinne eine Selbstverständlichkeit sei. Aber wenn man es schon aufführt, dann ist es richtig, dass man es, wie das der Nationalrat tut, in einem neuen Abschnitt separat aufführt.

Wenn das ein grosses Anliegen ist, dann ist die Kommission der Meinung, dass man dem Artikel zustimmen kann.

Angenommen – Adopté

Art. 34 Abs. 2

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 34 al. 2

Proposition de la commission

Maintenir

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Das ist die logische Konsequenz aus dem Beschluss zu Artikel 12 Absatz 3; das gehört zusammen.

Angenommen – Adopté

10.098

Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes

Participation de la Suisse à la KFOR. Prolongation de l'engagement de la Swisscoy

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 17.11.10 (BBl 2010 8425)

Message du Conseil fédéral 17.11.10 (FF 2010 7681)

Ständerat/Conseil des Etats 15.03.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Frick Bruno (CEg, SZ), für die Kommission: Es ist nun rund zwölf Jahre her, seit der Bundesrat am 23. Juni 1999 beschloss, sich an der multinationalen Kosovo Force (KFOR) zu beteiligen. Inzwischen haben wir den Einsatz der Schweizer Armee mehrmals verlängert. Die letzte Verlängerung läuft Ende dieses Jahres aus.

Der Bundesrat ersucht nun darum, den Einsatz um weitere drei Jahre zu verlängern, nämlich bis Ende 2014. Er begehrt zwei Kompetenzen: erstens jene, das Kontingent vorübergehend um 80 Armeeangehörige zu erhöhen, und zweitens jene, den Einsatz jederzeit abzubreaken. Dies mag vordergründig als Widerspruch erscheinen – die Kontingenterhöhung und gleichzeitig die Kompetenz, den Einsatz jederzeit abzubreaken –, das ist es aber nicht.

Zur Erhöhung des Kontingents: Die Erhöhung des Kontingents ist bei allfälligem Sicherheitsbedarf geplant oder namentlich dann, wenn die Schweiz eine höhere Kaderfunktion in der KFOR übernehmen soll, denn eine höhere Kaderfunktion verlangt auch nach Stabspersonal. Die Kommission begrüsst die Absicht des Bundesrates, bei Gelegenheit eine höhere Kaderfunktion zu stellen, sehr, denn für Kader ist es eine einmalige Chance, einen Einsatz in einem Krisengebiet zu leisten. Das bringt unserer Friedensarmee Erfahrung und Wissen. Persönlich vertrete ich die Meinung, dass ein Auslandseinsatz eine Voraussetzung, ein Erfordernis sein soll, um später eine höhere Armeecharge zu übernehmen, um sich dafür zu qualifizieren. Ein Truppendienst im Inland ist doch eine Dienstleistung in einem Schonklima; er ist nur schwer mit einem Auslandseinsatz mit echten Herausforderungen in einer schwierigen Umgebung zu vergleichen.

Die Leistung, welche die Schweizer Truppe in Kosovo erbringt, ist gut; davon haben sich viele überzeugen können. Einerseits waren die Angehörigen der Sicherheitspolitischen Kommission mehrmals in Kosovo. Sie haben sich einen Überblick über die Arbeit unserer Truppe verschafft und sich davon überzeugt, dass die Truppe gute Arbeit leistet. Sie ist motiviert, diszipliniert und leistungsfähig. Andererseits haben wir auch mit den militärischen Vorgesetzten, der höheren Führung des KFOR-Einsatzes, gesprochen. Sie sind vom Schweizer Einsatz überzeugt; sie schätzen die Qualität und die Dienstbereitschaft sehr.

Schliesslich zeigten sich auch die zivilen Behörden von Kosovo, mit denen wir gesprochen haben, von den Schweizer Armeeangehörigen beeindruckt. Diese Anerkennung ging weit über die Freundlichkeit diplomatischer Art hinaus. Der Stadtpräsident einer Stadt im Süden Kosovos hat uns gesagt: Wir wissen, dass der Tag kommen wird, an dem die KFOR geht; wir wünschen uns aber, dass die Schweizer als Letzte gehen. Warum? Schweizer sind nicht nur Soldaten, sie sind auch Bürger. Sie haben nicht nur soldatisches Wissen, sondern sie kennen auch den Umgang mit Behörden, mit Bürgern. Sie wissen, wie man mit ihnen spricht. Sie haben einen verhältnismässigen, offenen Zugang zur Bevölkerung. Das erweist sich als grosse Stärke. Wenn es, wie überall bei militärischen Einsätzen, Fehler und Verstösse gibt, sind sie zu rügen und zu korrigieren. Wir haben uns überzeugen können, dass das auch gemacht wird.

Der Einsatz soll fortgesetzt werden, aber nur so lange, wie es absolut nötig ist. Darum soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, den Einsatz jederzeit abubrechen. Die Lage in Kosovo hat sich seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2008 etwas verbessert. Oberflächlich betrachtet ist Kosovo ruhig. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass die Situation nicht von innen heraus heilt. Serbien und Russland beispielsweise akzeptieren ein unabhängiges Kosovo noch nicht. Es braucht in der Tat sehr wenig, damit in Kosovo wieder Gewalt ausbricht. Kosovo ist auch bitterarm; die grössten Devisenbringer sind mittlerweile die KFOR und die im Ausland lebenden Kosovaren, die Geld nach Hause schicken. Die KFOR ist in der Tat inzwischen ein Wirtschaftsfaktor, auf den sich viele stützen.

Botschafter Beglinger, der Schweizer Botschafter in Kosovo, beurteilt die bisherigen Resultate als zwiespältig bis enttäuschend. Militärisch ist das Land befriedet, aber der nachhaltige und politische Aufbau des Landes geht nur zögernd und in sehr kleinen Schritten voran. Die Wirtschaft ist rückständig, die Infrastruktur ungenügend, die Korruption immens hoch, die Armut enorm, und die Arbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent. Es wird noch einige Zeit benötigen, um in Kosovo Stabilität herbeizuführen. Die Truppenpräsenz hilft, die Situation vor Ort zu beruhigen und Spannungen abzubauen. Wir kommen nicht darum herum, diesen Einsatz zu verlängern.

Was würde geschehen, wenn wir den Einsatz jetzt beenden würden? Eine kleine Chance, dass es gutgehen würde, besteht, aber das Risiko, dass wieder Gewalt ausbrechen würde, ist ungleich höher. Wir Schweizerinnen und Schweizer haben sowohl sicherheits- als auch migrationspolitisch ein grosses Interesse, dass Kosovo stabil bleibt. Im Rahmen des KFOR-Einsatzes sind die Beiträge der Schweizer Armee nötig. Wir leisten sie im Bereiche der Logistik, beispielsweise mit der Versorgung, den Transporten, dem Betrieb eines Hauptquartiers. Mit den Super Puma stellen wir die grössten Luftfahrzeuge in Kosovo. Demgegenüber ist der Bedarf nach Sicherungs- und Schutzaufträgen für Minderheiten zurückgegangen. Nötig sind auch die Liaison- und Monitoring-Aufträge, nämlich das frühzeitige Erkennen von Spannungen und Gewaltherden, um ihnen frühzeitig begegnen zu können.

Auch in der Kommission kam die Frage auf: Ist es richtig, dass derartige Einsätze vom Militär geleistet werden? Bei uns gehen ja keine Uniformierten an die Gemeindeversammlung und versuchen, drohende Gewaltausbrüche zu erkennen, um nachher die Spannungen in die richtigen Bahnen zu lenken und die Situation zu entspannen. Aber in Ko-

sovo herrscht eine andere Kultur, es gilt: Wer eine Waffe hat, ist anerkannt, wer eine Uniform trägt und bewaffnet ist, ist ein Mann. Wer nur freundlich spricht, wird kaum ernst genommen. Darum ist es richtig, dass diese Aufgaben namentlich durch unsere Milizoffiziere, die eine hohe Wertschätzung geniessen, wahrgenommen werden.

Der Abbau in Kosovo ist in drei Schritten, technisch gesprochen in drei Gates, vorgesehen. Der erste Schritt, eine Reduktion von 14 000 auf 10 000 Armeeangehörige, ist abgeschlossen, und die KFOR steht nun im zweiten Schritt, nämlich bei der Reduktion von 10 000 auf 5700 Armeeangehörige. Wenn es die Situation erlaubt, erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt die Reduktion auf 2300 Leute und schliesslich die Beendigung des Einsatzes. Der Schweizer Einsatz bleibt mit 220 Personen gleich. Prozentual ist er grösser, aber es ist eine sinnvolle Grösse, und die Schweiz leistet einen guten Beitrag.

Ein letztes Wort: Unsere Kommission hat auch den Bericht unseres Kollegen Dick Marty, den er für den Europarat erstellt hat, zur Kenntnis genommen; er lag uns vor. Der Bericht selbst hat auf unseren Entscheid insofern einen Einfluss gehabt, als er uns in der Auffassung bestärkt hat, dass die Einsätze, wie sie der Bundesrat vorschlägt, richtig sind. Er hat zu unserer Überzeugung beigetragen, dass ein Verzicht im heutigen Zeitpunkt sicher nicht das Richtige ist.

In diesem Sinne bittet Sie die Kommission mit 12 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, gemäss Botschaft des Bundesrates den Einsatz zu verlängern. Wir haben auch den Mitbericht der Aussenpolitischen Kommission zur Kenntnis genommen und haben ihren Anregungen in der Kommissionsberatung Rechnung getragen.

Reimann Maximilian (V, AG): Auch die Aussenpolitische Kommission hat sich in einem Mitbericht mit der Verlängerung des Einsatzes unserer Truppe in Kosovo befasst. Ich habe meine Bedenken zur Verlängerung des Mandates schon dort zum Ausdruck gebracht. Ich tue es auch hier, verzichte aber auf einen Antrag, denn die Meinungen sind gemacht. Man will nun einmal etwas an Truppeninformationen im Ausland haben, um dem Rest der Welt zeigen zu können, dass wir auch dabei sind.

Mir stellt sich aber die Frage, ob Aufwand und Ertrag stimmen, ob das Verhältnis zwischen den aufgewendeten Mitteln, sprich Geldern des schweizerischen Steuerzahlers, und diesem Truppeneinsatz noch stimmt. Der Bundesrat betont fast gebetsmühlenartig, die KFOR sei für die Stabilität in Kosovo für weitere Jahre unverzichtbar. Ich würde diese Mittel aber je länger, je mehr in den verwaltungsmässigen und den zivilen Aufbau und damit in die Entwicklung des Landes umlagern. Dort liegt das Hauptproblem: Kosovo funktioniert als Staat noch nicht, weil es beim Aufbau der entsprechenden Strukturen harzt und weil viel zu wenig Mittel vorhanden sind. Die Schweiz aber schickt sich an, ihr Truppenkontingent von 220 auf 300 Leute aufzustocken, während andere Länder mit der Verlagerung weg vom Militär und hin zum zivilen Aufbau begonnen haben oder generell Militärtruppen abziehen. Aus meiner aussenpolitischen Sicht ist eine solche Verlagerung gerechtfertigt. Kosovo ist nun seit drei Jahren ein unabhängiges Land, anerkannt von den meisten europäischen Staaten. Jene Staaten, die Kosovo weiterhin nicht anerkennen, tun dies primär aus innenpolitischen Gründen. Spanien, um ein Beispiel zu nennen, fürchtet sich vor einer analogen Sezession der Katalanen oder der Basken. Deshalb gilt für Spanien das Motto: Hände weg von einer Anerkennung Kosovos!

Seit einigen Jahren ist es in Kosovo nicht mehr zu Unruhen gekommen, das hat korrekterweise auch Kollege Frick, der Kommissionssprecher, bestätigt. Der Bundesrat sagt, in Kosovo herrsche Ruhe, weil dort KFOR-Truppen stationiert seien. Dabei wird aber etwas übersehen: Wer primär Interesse an einem unbefriedeten Zustand in Kosovo haben könnte, ist Serbien. Serbien ist ja der Verlierer dieses Konflikts auf dem Balkan, es hat eine Provinz verloren. Gleichzeitig will Serbien aber Mitglied der Europäischen Union werden, was es nur kann, wenn es den völkerrechtlichen

Konflikt mit Kosovo beendet. Belgrad mag noch so lange betonen, Kosovo sei und bleibe eine Provinz Serbiens, das verkommt je länger, je mehr zu Rhetorik, denn Tatsache ist: Serbien und Kosovo haben im Schosse der EU bereits mit Verhandlungen zur Bereinigung ihres Konfliktes begonnen. Einen Rückfall zu gewalttätigen Unruhen wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht mehr geben. Aussenpolitische Priorität Serbiens ist ein möglichst schneller Beitritt zur EU.

Auf dem Spiel steht also nicht mehr die grundsätzliche Unabhängigkeit und Stabilität Kosovos, sondern die Bereinigung der Zugehörigkeit einiger Landstriche, insbesondere im Norden, zu Serbien oder zu Kosovo. Bei einer solchen Grenzvereinbarung könnte die Schweiz, wenn es überhaupt noch nötig ist, ihre traditionell meist erfolgreichen Guten Dienste zur Konfliktbereinigung anbieten sowie im Innern des Landes zum weiteren Aufbau der regionalen und kommunalen Strukturen beitragen.

Das ist der Grund, warum ich der Verlängerung des Mandates und vor allem der Aufstockung der bewaffneten Schweizer Truppen in Kosovo nicht zustimme. Einen solchen Miteinsatz halte ich zunehmend für unverhältnismässig. Auch die Schweiz sollte ihre Mittel endlich in Richtung zivilen Aufbau umlagern und dem Bundesrat nicht noch die Kompetenz einräumen, den Truppenbestand um einen Drittel aufzustoocken.

David Eugen (CEg, SG): Das Votum von Kollege Reimann veranlasst mich, einfach noch auf etwas hinzuweisen. Herr Reimann sagt richtig, dass wir das Thema in der Aussenpolitischen Kommission diskutiert haben. Die klare Mehrheit der Kommission teilt aber die Meinung, wie sie hier von der SiK vertreten wird: dass es sinnvoll ist, dieser Vorlage zuzustimmen. Insbesondere haben wir einen Punkt besprochen, nämlich die Möglichkeit, dass Offiziere höhere Chargen ausüben; in der Kommission wurde auch das diskutiert. Die Mehrheit vertrat mit den gleichen Argumenten, wie sie der Präsident der SiK hier angesprochen hat, die Meinung, dass es richtig ist, dass die Schweizer Offiziere diese Möglichkeit wahrnehmen sollten. Das wollte ich einfach noch als Ergebnis aus der APK mitteilen.

Frick Bruno (CEg, SZ), für die Kommission: Nur ganz kurz: Herr Reimann hat meine Ausführungen bestätigt, nämlich dass der Sicherheitsgrad in Kosovo langsam ansteigt. Und genau aus diesem Grunde wird die KFOR heruntergefahren: schrittweise von 14 000 auf 2300 Personen. Genau dem trägt die KFOR Rechnung. Nun ist es eine Frage des Masses: Soll man sofort abbrechen, mit dem Risiko, das wir vor fünfzehn Jahren bereits erlebt haben, nämlich dass 100 000 Personen in die Schweiz geflohen sind? Oder sollen wir weiterhin einen Beitrag zur Stabilisierung leisten? Wieder 100 000 Flüchtlinge – das ist die Erinnerung an früher – wären es wahrscheinlich kaum, aber trotzdem: Stabilität vor Ort ist in unserem zentralen sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Interesse.

Dass die Spannungen andauern, lässt sich auch aus Ihren Voten schliessen. Serbien und Russland anerkennen Kosovo nämlich nicht. Wer in Kosovo war, hat gesehen: Dort, wo das Gebiet ethnisch einheitlich ist, im Zentrum und im Süden, sind die Spannungen gering, dort sind Sicherungseinsätze verzichtbar; aber dort, wo die Ethnien gemischt sind, ist Kosovo ein Pulverfass, in dem ein Funke jederzeit grössten Schaden anrichten kann.

Die letzte Bemerkung: Die Schweiz leistet nicht nur den KFOR-Einsatz. Die Schweiz leistet parallel dazu auch erhebliche Aufbauhilfe, die EU ebenfalls. Im Moment braucht es noch beides: Es braucht eine reduzierte Präsenz der KFOR, und es braucht gleichzeitig die Aufbauhilfe, die noch einige Zeit dauern wird.

Maurer Ueli, Bundesrat: Die Schweiz und das übrige Europa sind an einer Stabilisierung des Westbalkans interessiert. Wir müssen feststellen, dass insbesondere Kosovo noch nicht stabil ist. Die Bedeutung der Stabilität wächst in den nächsten Monaten wahrscheinlich noch; das sehen wir,

wenn wir an die aktuelle Situation im Nahen Osten denken. Die Schweiz hat also ein Interesse an einem stabilen Kosovo, insbesondere auch, weil inzwischen rund 200 000 Leute aus Kosovo und aus Serbien in unserem Land wohnen.

Die Fortführung des Einsatzes in Kosovo macht aus sicherheitspolitischen Gründen und aus Interessensgründen durchaus Sinn. Das Ganze findet ja im Rahmen eines Abbaus statt; es ist bereits darauf hingewiesen worden. Schon früher wurden die Truppen in Kosovo von 14 000 auf 10 000 Personen abgebaut. Wir befinden uns aber bereits im nächsten Abbauschritt, mit dem die Truppen von 10 000 auf 5700 Personen abgebaut werden sollen. Inzwischen sind wir etwa in der Mitte dieses Schrittes. In einem weiteren Schritt, der zeitlich noch nicht festgelegt ist, sollen die Truppen dann auf 2300 Personen abgebaut werden.

Mit dem Abbau gewinnt die weitere Arbeit in Kosovo, nämlich die Unterstützung beim Aufbau eines Rechtsstaates, an Bedeutung. Diese Arbeit läuft weitgehend unter dem Titel Eulex. Unter diesem Titel finden die Ausbildung von Polizeikräften und die Stabilisierung der Gerichte statt. Kosovo, das müssen wir festhalten, ist noch kein Rechtsstaat in unserem Sinn. Das, was Herr Reimann angedeutet hat – der Aufbau der Strukturen, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit, die Stärkung des Rechtsstaates –, schliesst nicht aus, dass es im Moment noch Truppen braucht. Es braucht da ein gewisses Gleichgewicht. Wenn ich Ihnen ein Beispiel von meinem Besuch geben darf: Wir waren in einem Restaurant essen. Der Restaurateur, der früher in Deutschland lebte, hat zu uns gesagt: Sehen Sie, ich habe bei der Regierung eine Rechnung offen. Wie treibe ich das Geld ein, das die Regierung noch nicht bezahlt hat? Wir haben kein Schuld-, Betreibungs- und Konkursgesetz, ich habe deshalb keine Rechtsgrundlage, um das Geld einzutreiben. Ich kann eigentlich nur mit einer Handgranate hingehen und sagen: Entweder bezahlt ihr, oder ich jage euch in die Luft! Das ist der Zustand.

Die Präsenz der Truppen vor Ort ist tatsächlich wichtig, damit so etwas nicht passiert: Vor Truppen in Uniform hat man Respekt. Sie organisieren und führen Gespräche. Das klingt auf den ersten Blick nicht nach sehr viel, aber die Truppen gleichen dort aus, wo es zu Konflikten kommt. Ich glaube, dass es in den nächsten Jahren eben beides braucht: Es braucht den Aufbau dieses Rechtsstaates – das wird noch Jahre dauern –, es braucht eine stabile Wirtschaft, aber es braucht in dieser Phase auch noch die Truppe, die so etwas ist wie eine ordnende Hand. Unsere Schweizer Soldaten geniessen gerade in dieser Situation einen guten Ruf; dies deshalb, weil es nicht einfach zwanzigjährige Rekruten sind, sondern es sind Leute mit Lebenserfahrung, die aus einem zivilen Beruf kommen, einige Monate dort sind, in diesem Umfeld vermitteln können, sich und die Probleme der Leute kennen. Ich glaube, dass unsere Truppen dort tatsächlich eine sehr gute Arbeit leisten.

Der Bundesrat schlägt Ihnen vor, trotz des Abbaus, der stattfindet, unverändert ein Kontingent von 220 Leuten zu schicken. Damit wächst unser Anteil proportional, indem wir die Truppen gleich gross halten, mit der Möglichkeit, diesen Anteil anzupassen, wenn das nötig sein sollte. Auch unser Einsatz wird sich etwas ändern. Wir haben ein starkes Schwergewicht im Bereich der Genietruppen und im Bereich der Kampfmittelbeseitigung. Es gibt ganze Gebiete, wo noch hektarenweise Streuminen herumliegen, die beseitigt werden müssen, damit die Bevölkerung sich wieder bewegen kann. Hier sind wir stark an der Arbeit und helfen mit. Dann gibt es logistische Arbeiten, und es gibt diese Monitoringteams, die mit den Leuten sprechen. Ich habe mich immer gefragt, weshalb man das tun müsse. Wenn Sie dann aber dort im Gebiet sind, stellen Sie fest, dass es eben notwendig ist, zwischen unterschiedlichen Interessen und Ethnien zu vermitteln; das wird auch in den nächsten Jahren noch notwendig sein.

Daher macht dieser Einsatz aus sicherheitspolitischen Überlegungen Sinn. Sie wollen ja solche Einsätze; wir haben entsprechende Vorstösse aus dem Parlament, mit denen verlangt wird, solche Einsätze auszubauen. Wenn wir uns über-

legen, wo solche Einsätze Sinn machen, stellen wir fest, dass Kosovo ein Gebiet ist, in dem die Schweizer Interessen unmittelbar tangiert sind. Wie schon in der früheren Vorlage hat der Bundesrat die Möglichkeit, das Kontingent für ein Jahr aufzustocken. Bisher hatte er die Möglichkeit, das Kontingent für ein Jahr um 60 Personen aufzustocken. Neu hat er die Möglichkeit, es in dieser Zeit um 80 Personen aufzustocken. Eine solche Aufstockung wäre allenfalls dann angebracht, wenn sich entweder die Situation verschlechtern oder wenn die Schweiz einmal für ein Jahr das Kommando übernehmen würde. Dieser Einsatz liegt auch im Interesse des Parlamentes, das entsprechende Vorstösse eingereicht hat.

Der Kreditrahmen beträgt 39,6 Millionen Franken für ein Jahr. Es ist nicht ganz sicher, ob wir das jetzt betriebene Camp, das Camp Casablanca, weiterführen können, wenn die Truppen abgebaut werden. Wir führen dieses Camp zusammen mit den Österreichern. Sollten die Truppen verlagert werden müssen, weil die Infrastrukturkosten für die Betreuung eines Camps zu hoch wären, würde der Betrag um maximal 3 Millionen Franken auf 42,6 Millionen Franken steigen, weil dann die Grundkosten höher wären; wir haben das in der Botschaft ausgewiesen.

Insgesamt führen wir mit dieser Vorlage die Arbeit in Kosovo fort. Das Interesse aus Sicht der Schweiz ist ausgewiesen, der Einsatz unserer Leute entspricht ihren Fähigkeiten sowie den Bedürfnissen vor Ort. Dieser Einsatz der KFOR muss im Bereich der rechtsstaatlichen Aufbauhilfe mit Eulex begleitet werden. Wir haben ein grosses Interesse daran, dass parallel dazu auch die Wirtschaft wächst. Wir müssen leider feststellen, dass sich da nicht viel geändert hat; wenn man die Arbeitslosenquote erheben könnte, sähe man wahrscheinlich, dass sie irgendwo bei 50 Prozent liegt. Auch das Problem der Korruption in diesem Staat ist nach wie vor gross, das ist eine Tatsache. Wenn es uns gelingt, die Situation in den nächsten Jahren zu verbessern, werden wir davon profitieren.

Ich bitte Sie also, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Der Einsatz liegt im bisherigen Rahmen und entspricht unseren Fähigkeiten und Möglichkeiten.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesbeschluss über die Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR)

Arrêté fédéral concernant la prolongation de la participation suisse à la Kosovo Force multinationale (KFOR)

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–5

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes ... 29 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(1 Enthaltung)

10.099

Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS.

Rahmenkredit 2012–2015

Promotion civile de la paix au DDPS.

Crédit-cadre 2012–2015

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 24.11.10 (BBI 2010 8599)

Message du Conseil fédéral 24.11.10 (FF 2010 7847)

Ständerat/Conseil des Etats 15.03.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Frick Bruno (CEg, SZ), für die Kommission: Der Bundesrat beantragt für die kommenden vier Jahre einen Rahmenkredit von 20,4 Millionen Franken. Damit will er die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich (CSS) mit jährlich 5,1 Millionen Franken unterstützen. Bisher hat der Bundesrat das Institut mit jährlich 6,8 Millionen Franken unterstützt; er will den Kredit also um 25 Prozent zurückfahren. Ihre Kommission beantragt Ihnen, einen Kredit von 26,4 Millionen Franken bzw. jährlich 6,6 Millionen Franken zu bewilligen; das wären 7 Prozent weniger als bisher. Ich werde auf diese Zahl zurückkommen.

Was tut diese Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich? Sie ist nach den Ausführungen des VBS-Vertreters in unserer Kommission das wichtigste nationale Institut für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Das Institut selber versteht sich als nationales Kompetenzzentrum für Sicherheitspolitik mit internationaler Ausstrahlung. Am ehesten aus dem täglichen Leben bekannt ist uns das «Bulletin zur Schweizer Sicherheitspolitik» oder die «CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik», die für jeden, der sich mit Sicherheitspolitik befasst, eine kurze, prägnante, kluge Analyse jeweils aktueller Themen beinhalten.

Das CSS ist im universitären Umfeld fest verankert und arbeitet mit drei Hauptzielen: Erstens betreibt es Grundlagenforschung und erstellt wissenschaftliche Expertisen, namentlich auch für den Bund, zweitens leistet es einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung der Berufsoffiziere, und drittens stärkt es die Schweizer Friedensförderung, indem es via ETH-Technologien Informationen umsetzt. Namentlich gehört das sogenannte International Relations and Security Network (ISN) dazu; auf Deutsch lassen sich seine Tätigkeiten so umschreiben: ein weltweit führendes Informationsportal auf dem Internet für den ganzen Fachbereich internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik. Pro Jahr besucht rund eine Million Personen dieses Portal auf dem Internet, es gibt rund fünf Millionen Abrufe jährlich. Das ISN ist ein sehr gefragter Einstiegspunkt in das weltweite Netz von Organisationen und Experten im Bereich der Sicherheit. Auf ihm werden Informationen zur Sicherheitspolitik aufbereitet, die frei verfügbar sind und allgemein zugänglich gemacht werden. Mit diesem Portal hat sich das CSS eine internationale Reputation geschaffen.

Unsere Kommission würde es als ausserordentlichen und unnötigen Verlust erachten, wenn dieses Portal stark reduziert oder gar geschlossen werden müsste. Für die Schweiz wäre es ein Verlust, wenn dieses bestrenommierte Netzwerk zerstört würde, nachdem es sich international einen derart hohen Stellenwert erarbeitet hat. Es ist aber absehbar, dass dieses Portal nach den vom Bundesrat vorgeschlagenen Kreditkürzungen kaum überleben könnte. Gerade dieses Portal aber ist der international renommierte, sehr rege genutzte und allgemein anerkannte Beitrag der Schweiz an die Sicherheitspolitik.

Aus genau diesem Grund beantragt Ihnen die Kommission eine Kürzung um lediglich 200 000 Franken jährlich gegenüber dem heutigen Zustand. Mit dieser Kürzung um 7 Pro-